

DEUTSCHSPRACHIGE GEMEINSCHAFT
COMMUNAUTE GERMANOPHONE — DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

D. 2010 — 3231

[2010/204701]

**26. AUGUST 2010 — Erlass der Regierung bezüglich des Verfahrens zur Genehmigung,
Anerkennung und Inspektion der betreuten Wohnungen**

Die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Aufgrund des Dekretes vom 4. Juni 2007 über die Wohn-, Begleit- und Pflegestrukturen für Senioren und über die psychiatrischen Pflegewohnheime, Artikel 10, abgeändert durch die Dekrete vom 16. Juni 2008 und vom 15. März 2010 sowie Artikel 14 §§ 3 und 4;

Aufgrund des Erlasses der Regierung vom 9. Juni 1995 bezüglich Genehmigung und Anerkennung von Aufnahmestrukturen für Senioren;

Auf Grund des Gutachtens Nr. 48.529/1/V des Staatsrates, das am 3. August 2010 in Anwendung von Artikel 84 § 1 Absatz 1 Nummer 1 der koordinierten Gesetze über den Staatsrat vom 12. Januar 1973 abgegeben wurde;

Auf Vorschlag des Ministers für Familie und Gesundheit,

Beschließt:

KAPITEL 1 — Allgemeine Bestimmung

Artikel 1 - Dieser Erlass dient der teilweisen Umsetzung der Richtlinie 2006/123/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Dezember 2006 über Dienstleistungen im Binnenmarkt.

KAPITEL 2 — Anwendungsbereich

Art. 2 - Vorliegender Erlass findet Anwendung auf das in Artikel 2 § 1 Nummer 2 des Dekretes vom 4. Juni 2007 über die Wohn-, Begleit- und Pflegestrukturen für Senioren und über die psychiatrischen Pflegewohnheime definierte Betreuungsangebot der betreuten Wohnungen.

KAPITEL 3 — Begriffsbestimmung

Art. 3 - Für die Anwendung vorliegenden Erlasses versteht man unter:

1. Dekret: Dekret vom 4. Juni 2007 über die Wohn-, Begleit- und Pflegestrukturen für Senioren und über die psychiatrischen Pflegewohnheime, so wie es abgeändert wird;

2. Betreuungsangebot: das in Artikel 2 § 1 Nummer 2 des Dekretes definierte Angebot;

3. Minister: der für die Bereiche Familie und Gesundheit zuständige Minister der Deutschsprachigen Gemeinschaft;

4. Fachbereich: der für den Seniorenbereich zuständige Fachbereich des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft;

5. Normen: die in Ausführung von Artikel 5 § 3 des Dekretes durch die Regierung festgelegten Anerkennungsbedingungen.

6. Inspektion: die in Ausführung von Kapitel V des Dekretes bezeichneten Personen zur Inspektion der Betreuungsangebote.

KAPITEL 4 — Genehmigung

Art. 4 - Der Antrag auf die in Artikel 3 des Dekretes erwähnte Genehmigung ist an den Fachbereich zu richten und enthält folgende Unterlagen und Angaben:

1. Für die Schaffung beziehungsweise das Anbieten eines Betreuungsangebotes:

a. Identität des Antragstellers;

b. Bei einer juristischen Person die Satzungen der Vereinigung oder Gesellschaft;

c. Plan der Gemeinde, auf dem die geographische Lage des Betreuungsangebotes sichtbar ist;

d. Anzahl Wohneinheiten;

e. Erklärung des Trägers, aus der ersichtlich wird, dass das Vorhaben einem tatsächlichen Bedürfnis entspricht und sich in die von der Regierung verabschiedete Programmierung einerseits, sowie in die Gesamtheit der bestehenden und geplanten Betreuungsangebote andererseits, einfügt.

2. Für die Genehmigung eines Umbaus oder die Inbetriebnahme eines bestehenden Gebäudes gemäß Artikel 3 2. des Dekretes und für die Änderung der Anzahl Wohneinheiten eines bestehenden Betreuungsangebotes gemäß Artikel 3 3. des Dekretes:

a. Identität des Antragstellers;

b. Plan der bestehenden Gebäude;

c. Die mit dem Umbau oder der Inbetriebnahme einhergehenden Wohneinheiten;

d. Eine wie in Punkt 1. unter e. erwähnte Erklärung.

Art. 5 - Der Fachbereich übermittelt dem Minister innerhalb eines Monats den vollständigen Genehmigungsantrag zusammen mit einem Gutachten. Wird der Antrag in den Monaten Juli oder August eingereicht, wird die Monatsfrist um einen Monat verlängert.

Art. 6 - Der Minister entscheidet über den Genehmigungsantrag innerhalb von einem Monat nach Erhalt des in Artikel 5 erwähnten Gutachtens.

Die Genehmigung verliert ihre Gültigkeit, wenn die in Artikel 3 Nummer 1 bis 3 des Dekretes erwähnten Vorhaben nicht innerhalb von drei Jahren nach Erteilung der Genehmigung begonnen wurden.

KAPITEL 5 — *Anerkennung*

Art. 7 - Der Anerkennungsantrag wird beim Fachbereich eingereicht und enthält folgende Unterlagen:

1. Die in Kapitel 4 erwähnte Genehmigung;
2. Die Identität des Leiters des Betreuungsangebotes und eine namentliche Liste der Personalmitglieder mit Angabe ihrer Funktion, Qualifikation und ihrer Eintragsnummer beim Föderalen Öffentlichen Dienst Gesundheit sowie für den Leiter und das gesamte beschäftigte Personal ein Leumundszeugnis, das bei Einreichen des Antrags nicht älter als ein Monat sein darf;
3. Eine vom Träger unterzeichnete Erklärung, in der er sich verpflichtet den Personalbestand fortwährend den Personaltenden in Bezug auf die tatsächlich aufgenommenen Personen anzupassen;
4. Eine vom Bürgermeister, unter Berufung des Berichtes des zuständigen Feuerwehrdienstes unterzeichnete Bescheinigung, aus der hervorgeht, dass das Betreuungsangebot den spezifischen Sicherheitsnormen genügt. Die Bescheinigung und der beigefügte Feuerwehrbericht dürfen bei Einreichen des Anerkennungsantrags nicht älter als drei Monate sein;
5. Einen Finanzierungsplan mit dem nachgewiesen wird, dass der Träger des Betreuungsangebotes über genügend Kapital verfügt, um den Anerkennungsbedingungen zu genügen. Dieser Finanzierungsplan muss von einem Betriebsrevisor oder einem vom Träger unabhängigen Buchhalter gegengezeichnet sein;
6. Ein Exemplar des Hauskonzept und der Hausordnung;
7. Ein Muster des Vertrages, der zwischen dem Träger des Betreuungsangebotes und dem Bewohner abgeschlossen wird;
8. Die vorgesehene Kostenbeteiligung des Bewohners.

Art. 8 - Der Minister entscheidet innerhalb von vierzig Tagen nach Einreichen des vollständigen Antrags über die Erteilung oder Ablehnung einer vorläufigen Anerkennung auf Grundlage eines Gutachtens des Fachbereichs.

Art. 9 - Während der Dauer der vorläufigen Anerkennung führt die Inspektion eine Kontrolle zur Überprüfung der Anerkennungsnormen durch. Der Inspektionsbericht wird dem Minister zusammen mit dem Anerkennungsantrag übermittelt.

Art. 10 - Der Minister erteilt oder verweigert die Anerkennung innerhalb von vierzig Tagen und spätestens vor Ablauf der vorläufigen Anerkennung. In der Anerkennung ist die maximale Wohnkapazität vermerkt.

Art. 11 - § 1 - Der Träger des anerkannten Betreuungsangebotes teilt dem Fachbereich während der Dauer der Anerkennung jede Änderung in Bezug auf die in den Artikeln 4 und 7 erwähnten Angaben mit.

§ 2 - Jeweils alle sechs Jahre nach Inkrafttreten der Anerkennung reicht der Träger beim Fachbereich erneut eine wie in Artikel 7 Punkt 4 beschriebene Bescheinigung ein. Darüber hinaus ist eine solche Bescheinigung jedes Mal bei einer Änderung an dem Gebäude des Betreuungsangebotes und zu jedem Zeitpunkt, auf Anfrage der Inspektion einzureichen.

KAPITEL 6 — *Aussetzung der Anerkennung*

Art. 12 - Vor der Aussetzung einer Genehmigung, einer vorläufigen Anerkennung oder einer Anerkennung teilt der Minister dem Träger des Betreuungsangebotes seine Absicht mit. Auf Anfrage des Trägers wird dieser innerhalb einer Frist von dreißig Tagen nach Versand der Absichtserklärung zur Anhörung beim Minister vorgeladen. Die diesbezügliche Anfrage des Trägers muss spätestens sieben Tage nach Erhalt der Absichtserklärung gestellt werden. Innerhalb von vierzehn Tagen nach dieser Anhörung und auf Grundlage eines Gutachtens der Inspektion, entscheidet der Minister über die Aussetzung.

KAPITEL 7 — *Kommissarischer Vertreter*

Art. 13 - § 1 - Der in Anwendung von Artikel 14 § 4 des Dekretes durch den Minister bezeichnete kommissarische Vertreter muss Erfahrungen in den Bereichen Management, Buchhaltung, Personal- und Finanzführung und vorzugsweise in der Leitung eines Betreuungsangebotes und in der Qualitätssicherung der Betreuung von Senioren nachweisen können. Der kommissarische Vertreter darf kein derzeitiges oder ehemaliges Personalmitglied des betroffenen Betreuungsangebotes sein. Er muss mindestens über einen Bachelorabschluss verfügen.

§ 2 - Vor Bezeichnung des kommissarischen Vertreters teilt der Minister dem Träger seine Absicht mit. vierzehn Tage nach Versand dieser Absichtserklärung kann der Minister die Bezeichnung für eine Dauer von sechs Monaten vornehmen.

§ 3 - Der Auftrag des Ministers an den kommissarischen Vertreter wird in einem Vertrag festgelegt. Der kommissarische Vertreter verfügt über alle Befugnisse, die die Ausführung seines festgelegten Auftrages zur Leitung des Betreuungsangebotes erfordert. Der Minister informiert den Träger über die Aufgabenbereiche des kommissarischen Vertreters.

Jeweils einen Monat vor Ende seines Vertrages übermittelt der kommissarische Vertreter dem Minister einen Bericht über den Stand der Behebung der Mängel. Der Auftrag kann jeweils auf Grundlage des Berichtes und des Vorschlags der Inspektion für eine Dauer von sechs Monaten durch die Regierung verlängert werden.

§ 4 - Der kommissarische Vertreter erhält für die Dauer seines Vertrages den in dem betroffenen Betreuungsangebot für den Leiter des Betreuungsangebotes geltenden Lohn. Der Lohn geht in Anwendung von Artikel 14 § 4 des Dekretes zu Lasten des Trägers.

KAPITEL 8 — *Entzug der Genehmigung, der vorläufigen Anerkennung und der Anerkennung*

Art. 14 - Wenn der Minister sich dazu veranlasst sieht, die Genehmigung, die vorläufige Anerkennung oder die Anerkennung zu entziehen, teilt er dem Träger des Betreuungsangebotes seine Absicht mit. Auf Anfrage des Trägers innerhalb von sieben Tagen nach Erhalt der Absichtserklärung wird er innerhalb einer Frist von dreißig Tagen nach Versand dieser Mitteilung zur Anhörung beim Minister vorgeladen.

Art. 15 - Nach Erhalt der Absichtserklärung des Ministers die Genehmigung, die vorläufige Anerkennung oder die Anerkennung zu entziehen, dürfen keine weiteren Senioren mehr aufgenommen werden.

Art. 16 - Der Minister beschließt auf Grundlage eines Gutachtens der Inspektion dreißig Tage nach Anhörung des Trägers über den Entzug der Genehmigung, der vorläufigen Anerkennung oder der Anerkennung. Beantragt der Träger in Anwendung von Artikel 14 keine Anhörung, entscheidet der Minister innerhalb von dreißig Tagen nach dem Versand der in Artikel 14 erwähnten Absichtserklärung. Der Beschluss über den Entzug wird dem Träger unverzüglich zugestellt. Der Entzug der vorläufigen Anerkennung oder der Anerkennung hat die Schließung des Betreuungsangebotes zur Folge.

KAPITEL 9 — Schließung des Betreuungsangebotes

Art. 17 - § 1 - Bei einer Schließung eines Betreuungsangebotes in Anwendung von Artikel 14 des Dekretes hat der Träger dafür zu sorgen, dass alle Bewohner das Betreuungsangebot innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Beschlusses des Ministers zum Entzug der vorläufigen Anerkennung oder der Anerkennung verlassen haben.

§ 2 - Der Minister kann in Anwendung von Artikel 14 § 3 des Dekretes ein Betreuungsangebot auf Vorschlag der Inspektion schließen. Vor der Beschlussfassung teilt der Minister dem Träger seine Absicht mit. Drei Tage nach Übermittlung dieser Absichtserklärung kann der Minister die Schließung veranlassen. Der Träger sorgt für die unmittelbare Evakuierung der Senioren.

KAPITEL 10 — Schlussbestimmungen

Art. 18 - Der Beschluss zur Aussetzung sowie zum Entzug der Genehmigung, der vorläufigen Anerkennung oder der Anerkennung sowie der Beschluss zur Schließung eines Betreuungsangebotes oder zur Bezeichnung eines kommissarischen Vertreters wird als Bekanntmachung im *Belgischen Staatsblatt* veröffentlicht. Im jeweiligen Beschluss wird das Inkrafttreten des Beschlusses vermerkt.

Art. 19 - Das Vorhaben des Trägers ein Betreuungsangebot zu beenden beziehungsweise zu schließen, muss dem Minister mindestens sechs Monate vor der geplanten Beendigung oder Schließung schriftlich mitgeteilt werden.

Art. 20 - Der für Familie und Gesundheit zuständige Minister ist mit der Durchführung des vorliegenden Erlasses beauftragt.

Eupen, den 26. August 2010

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,
Der Ministerpräsident, Minister für lokale Behörden
K.-H. LAMBERTZ
Der Minister für Familie, Gesundheit und Soziales
H. MOLLERS

TRADUCTION

MINISTERE DE LA COMMUNAUTE GERMANOPHONE

F. 2010 — 3231

[2010/204701]

26 AOUT 2010. — Arrêté du Gouvernement relatif à la procédure d'autorisation, d'agrégation et d'inspection des résidences-services

Le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Vu le décret du 4 juin 2007 relatif aux structures d'hébergement, d'accompagnement et de soins pour personnes âgées et aux maisons de soins psychiatriques, article 10, modifié par les décrets des 16 juin 2008 et 15 mars 2010, et article 14, §§ 3 et 4;

Vu l'arrêté du Gouvernement du 9 juin 1995 relatif à l'autorisation et à l'agrégation de structures d'accueil pour seniors;

Vu l'avis n° 48.529/1/V du Conseil d'Etat, donné le 3 août 2010, en application de l'article 84, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, 1^o, des lois sur le Conseil d'Etat, coordonnées le 12 janvier 1973;

Sur la proposition du Ministre compétent en matière de Famille et de Santé,

Arrête :

CHAPITRE 1^{er}. — Disposition générale

Article 1^{er}. Cet arrêté transpose partiellement la Directive 2006/123/CE du Parlement européen et du Conseil du 12 décembre 2006 relative aux services dans le marché intérieur.

CHAPITRE 2. — Champ d'application

Art. 2. Le présent arrêté s'applique aux offres de soins définies à l'article 2, § 1^{er}, 2^o, du décret du 4 juin 2007 relatif aux structures d'hébergement, d'accompagnement et de soins pour personnes âgées et aux maisons de soins psychiatriques, à savoir les résidences-services.

CHAPITRE 3. — Définitions

Art. 3. Pour l'application du présent arrêté, on entend par :

1^o décret : le décret du 4 juin 2007 relatif aux structures d'hébergement, d'accompagnement et de soins pour personnes âgées et aux maisons de soins psychiatriques, tel que modifié;

2^o offre de soins : les offres définies à l'article 2, § 1^{er}, 2^o, du décret;

3^o Ministre : le Ministre de la Communauté germanophone compétent en matière de Famille et de Santé;

4^o département : le département du Ministère de la Communauté germanophone compétent en matière de personnes âgées;

5^o normes : les conditions d'agrégation fixées par le Gouvernement en application de l'article 5, § 3, du décret.

6^o inspection : les personnes désignées en application du chapitre V du décret pour inspecter les offres de soins.

CHAPITRE 4. — *Autorisation*

Art. 4. La demande d'autorisation visée à l'article 3 du décret est adressée au département et contient les documents et données suivants :

1° pour créer ou proposer une offre de soins :

- a) l'identité du demandeur;
- b) lorsqu'il s'agit d'une personne morale, les statuts de l'association ou de la société;
- c) un plan de la commune indiquant la situation géographique de l'offre de soins;
- d) le nombre d'unités de logement;

e) une déclaration du pouvoir organisateur dont il ressort que le projet répond à un besoin réel et s'inscrit d'une part dans le programme fixé par le Gouvernement et d'autre part dans l'ensemble des offres de soins existantes et prévues;

2° pour pouvoir transformer ou mettre en service un bâtiment existant conformément à l'article 3, 2°, du décret et pour modifier le nombre d'unités de logement au sein d'une offre de soins existante conformément à l'article 3, 3°, du décret :

- a) l'identité du demandeur;
- b) le plan des bâtiments existants;
- c) les unités de logement liées à la transformation ou à la mise en service;
- d) une déclaration telle que celle visée au 1°, e).

Art. 5. Dans le mois, le département transmet au Ministre la demande d'autorisation complète, accompagnée d'un avis. Si la demande est introduite en juillet ou en août, le délai d'un mois est prolongé d'un mois.

Art. 6. Dans le mois suivant la réception de l'avis visé à l'article 5, le Ministre statue sur la demande d'autorisation.

L'autorisation devient caduque, lorsque les projets visés à l'article 3, 1° à 3°, du décret ne sont pas entamés dans les trois ans suivant l'octroi de l'autorisation.

CHAPITRE 5. — *Agréation*

Art. 7. La demande d'agréation est introduite auprès du département et contient les documents suivants :

1° l'autorisation visée au chapitre 4;

2° l'identité du directeur de l'offre de soins et une liste nominative des membres du personnel indiquant leurs fonction, qualification et numéro d'immatriculation auprès du Service public fédéral de la Santé publique ainsi que, pour le directeur et l'ensemble du personnel occupé, un certificat de bonnes vie et mœurs qui ne peut dater de plus d'un mois lors de l'introduction de la demande;

3° une déclaration signée par le pouvoir organisateur et par laquelle il s'engage à adapter continuellement l'effectif aux normes de personnel en fonction du nombre de personnes effectivement accueillies;

4° une attestation basée sur le rapport établi par le service d'incendie compétent, signée par le bourgmestre et dont il ressort que l'offre de soins satisfait aux normes de sécurité spécifiques. L'attestation et le rapport d'incendie y annexé ne peuvent dater de plus de trois mois lors de l'introduction de la demande d'agréation;

5° un plan de financement prouvant que le pouvoir organisateur de l'offre de soins dispose d'un capital suffisant pour satisfaire aux conditions d'agréation. Ce plan de financement doit être contresigné par un réviseur d'entreprise ou un comptable indépendant du pouvoir organisateur;

6° un exemplaire du concept d'établissement et du règlement d'ordre intérieur;

7° un modèle de contrat conclu entre le pouvoir organisateur de l'offre de soins et le résident;

8° la participation aux frais prévue pour le résident.

Art. 8. Dans les quarante jours de l'introduction de la demande complète, le Ministre statue sur l'octroi ou le refus de l'agréation provisoire en se basant sur l'avis du département.

Art. 9. Durant la période de validité de l'agréation provisoire, l'inspection mène un contrôle pour vérifier la conformité aux normes d'agréation. Le rapport d'inspection, accompagné de la demande d'agréation, est transmis au Ministre.

Art. 10. Le Ministre octroie ou refuse l'agréation dans les quarante jours et au plus tard avant l'expiration de l'agréation provisoire. L'agréation mentionne la capacité de logement maximale.

Art. 11. § 1^{er}. Durant la période de validité de l'agréation, le pouvoir organisateur de l'offre de soins agréée communique au département tout changement concernant les données mentionnées aux articles 4 et 7.

§ 2. Tous les six ans suivant l'entrée en vigueur de l'agréation, le pouvoir organisateur transmet au département une attestation telle que visée à l'article 7, 4°. En outre, une telle attestation doit être introduite à chaque modification du bâtiment abritant l'offre de soins ou à tout moment sur demande de l'inspection.

CHAPITRE 6. — *Suspension de l'agréation*

Art. 12. Avant de suspendre une autorisation, une agréation provisoire ou une agréation, le Ministre communique son intention au pouvoir organisateur de l'offre de soins. A sa demande, le pouvoir organisateur est invité dans les trente jours suivant l'envoi de la déclaration d'intention pour une audition auprès du Ministre. Cette demande du pouvoir organisateur doit être introduite au plus tard sept jours après la réception de la déclaration d'intention. Dans les quinze jours suivant cette audition, le Ministre statue sur la suspension en se basant sur un avis de l'inspection.

CHAPITRE 7. — *Commissaire-délégué*

Art. 13. § 1^{er}. Le commissaire-délégué désigné par le Ministre en application de l'article 14, § 4, du décret doit pouvoir justifier d'une expérience en management, comptabilité, gestion de personnel et gestion financière, et de préférence dans la direction d'une offre de soins et dans la gestion de qualité en matière d'accompagnement de personnes âgées. Le commissaire ne peut être ou avoir été membre du personnel de l'offre de soins concernée. Il doit au moins disposer d'un baccalauréat.

§ 2. Avant de désigner le commissaire, le Ministre communique son intention au pouvoir organisateur. Le Ministre peut procéder à la désignation pour une durée de six mois, quinze jours après la communication de cette intention.

§ 3. La mission que le Ministre confie au commissaire est consignée dans un contrat. Le commissaire dispose de tous les pouvoirs nécessaires à l'exécution de sa mission portant sur la direction de l'offre de soins. Le Ministre informe le pouvoir organisateur de l'ensemble des tâches confiées au commissaire.

Un mois avant l'expiration de son contrat, le commissaire fait rapport au Ministre sur la manière dont les manquements ont été corrigés. Le contrat peut chaque fois être prolongé de six mois par le Gouvernement sur rapport et proposition de l'inspection.

§ 4. Pour la durée de son contrat, le commissaire perçoit le salaire applicable au directeur dans l'offre de soins concernée. Le salaire est à charge du pouvoir organisateur en application de l'article 14, § 4, du décret.

CHAPITRE 8. — Retrait de l'autorisation, de l'agrément provisoire ou de l'agrément

Art. 14. Lorsque le Ministre se voit contraint de retirer l'autorisation, l'agrément provisoire ou l'agrément, il communique son intention au pouvoir organisateur de l'offre de soins. A la demande du pouvoir organisateur introduite dans les sept jours suivant la réception de la déclaration d'intention, celui-ci est invité dans les trente jours suivant l'envoi de cette communication pour une audition auprès du Ministre.

Art. 15. Après réception de la déclaration d'intention du Ministre de retirer l'autorisation, l'agrément provisoire ou l'agrément, plus aucune autre personne âgée ne peut être accueillie.

Art. 16. Dans les trente jours suivant l'audition du pouvoir organisateur, le Ministre statue sur le retrait de l'autorisation, de l'agrément provisoire ou de l'agrément en se basant sur un avis de l'inspection. Si le pouvoir organisateur, en application de l'article 14, ne demande pas à être entendu, le Ministre statue dans les trente jours suivant l'envoi de la déclaration d'intention visée à l'article 14. La décision de retrait est immédiatement notifiée au pouvoir organisateur. Le retrait de l'agrément provisoire ou de l'agrément entraîne la fermeture de l'offre de soins.

CHAPITRE 9. — Fermeture de l'offre de soins

Art. 17. § 1^{er}. En cas de fermeture d'une offre de soins en application de l'article 14 du décret, le pouvoir organisateur doit veiller à ce que tous les résidents aient quitté l'offre de soins dans les trois mois suivant l'entrée en vigueur de la décision ministérielle de retirer l'autorisation, l'agrément provisoire ou l'agrément.

§ 2. En application de l'article 14, § 3, du décret, le Ministre peut fermer une offre de soins sur proposition de l'inspection. Avant de prendre sa décision, le Ministre communique son intention au pouvoir organisateur. Trois jours après la communication de cette déclaration d'intention, le Ministre peut faire procéder à la fermeture. Le pouvoir organisateur veille à l'évacuation immédiate des personnes âgées.

CHAPITRE 10. — Dispositions finales

Art. 18. La décision de suspendre et de retirer l'autorisation, l'agrément provisoire ou l'agrément ainsi que la décision de fermer une offre de soins ou de désigner un commissaire sont publiées sous forme d'avis au *Moniteur belge*. Chaque décision mentionne son entrée en vigueur.

Art. 19. L'intention d'un pouvoir organisateur de mettre fin à une offre de soins ou de la fermer doit être communiquée par écrit au Ministre au moins six mois à l'avance.

Art. 20. Le Ministre compétent en matière de Famille et de Santé est chargé de l'exécution du présent arrêté.
Eupen, le 26 août 2010.

Pour le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Le Ministre-Président, Ministre des Pouvoirs locaux,

K.-H. LAMBERTZ

Le Ministre de la Famille, de la Santé et des Affaires sociales,

H. MOLLERS

VERTALING

MINISTERIE VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

N. 2010 — 3231

[2010/204701]

26 AUGUSTUS 2010. — Besluit van de Regering betreffende de procedure tot toelating, erkenning en inspectie van de serviceflatgebouwen

De Regering van de Duitstalige Gemeenschap,

Gelet op het decreet van 4 juni 2007 betreffende de woon-, begeleidings- en verzorgingsstructuren voor bejaarden en de psychiatrische verzorgingstehuizen, artikel 10, gewijzigd bij de decreten van 16 juni 2008 en 15 maart 2010, en artikel 14, §§ 3 en 4;

Gelet op het besluit van 9 juni 1995 betreffende de toelating en de erkenning van opvangvoorzieningen voor bejaarden;

Gelet op het advies nr. 48.529/1/V van de Raad van State, gegeven op 3 augustus 2010, met toepassing van artikel 84, § 1, eerste lid, 1^o, van de wetten op de Raad van State, gecoördineerd op 12 januari 1973;

Op de voordracht van de Minister bevoegd inzake Gezin en Gezondheid,

Besluit :

HOOFDSTUK 1. — Algemene bepaling

Artikel 1. Dit besluit voorziet in de gedeeltelijke omzetting van Richtlijn 2006/123/EG van het Europees Parlement en de Raad van 12 december 2006 betreffende diensten op de interne markt.

HOOFDSTUK 2. — *Toepassingsgebied*

Art. 2. Dit besluit is van toepassing op het zorgaanbod bepaald in artikel 2, § 1, 2°, van het decreet van 4 juni 2007 betreffende de woon-, begeleidings- en verzorgingsstructuren voor bejaarden en de psychiatrische verzorgingstehuizen, te weten de serviceflatgebouwen.

HOOFDSTUK 3. — *Begripsbepalingen*

Art. 3. Voor de toepassing van dit besluit verstaat men onder :

1° decreet : het decreet van 4 juni 2007 betreffende de woon-, begeleidings- en verzorgingsstructuren voor bejaarden en de psychiatrische verzorgingstehuizen, zoals gewijzigd;

2° zorgaanbod : het aanbod gedefinieerd in artikel 2, § 1, 2°, van het decreet;

3° Minister : de Minister van de Duitstalige Gemeenschap bevoegd inzake Gezin en Gezondheid;

4° departement : het departement van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap bevoegd inzake Bejaarden;

5° normen : de erkenningsvoorwaarden die door de Regering met toepassing van artikel 5, § 3, van het decreet zijn vastgelegd.

6° inspectie : de personen die met toepassing van hoofdstuk V van het decreet aangewezen zijn om de zorgaanbiedingen te inspecteren.

HOOFDSTUK 4. — *Toelating*

Art. 4. De aanvraag om de in artikel 3 van het decreet bedoelde toelating moet bij het departement worden ingediend en volgende documenten en gegevens omvatten :

1° om een zorgaanbod te scheppen of te verlenen :

a) de identiteit van de aanvrager;

b) als het om een rechtspersoon gaat, de statuten van de vereniging of vennootschap;

c) een plattegrond van de gemeente die de geografische situatie van het zorgaanbod aanduidt;

d) het aantal wooneenheden;

e) een verklaring van de inrichtende macht waaruit blijkt dat het project aan een werkelijke behoefte beantwoordt en dat het enerzijds in het door de Regering opgestelde programma en anderzijds in het geheel der bestaande en geplande opvangvoorzieningen voor bejaarden past.

2° om een bestaand gebouw overeenkomstig artikel 3, 2°, van het decreet te mogen ombouwen of in gebruik nemen of om het aantal wooneenheden van een bestaand zorgaanbod overeenkomstig artikel 3, 3°, van het decreet te wijzigen :

a) de identiteit van de aanvrager;

b) een plan van de bestaande gebouwen;

c) de uit de ombouw of ingebruikname voortvloeiende wooneenheden;

d) een verklaring zoals bedoeld onder 1°, e).

Art. 5. Binnen de maand zendt het departement de volledige aanvraag om toelating samen met een advies aan de Minister toe. Als de aanvraag in de maanden juli of augustus wordt ingediend, dan wordt de termijn van één maand met één maand verlengd.

Art. 6. De Minister beslist over de aanvraag om toelating binnen één maand na ontvangst van het advies bedoeld in artikel 5.

De toelating vervalt, indien de in artikel 3, 1° à 3°, van het decreet bedoelde projecten binnen drie jaar na de toekenning van de toelating niet begonnen zijn.

HOOFDSTUK 5. — *Erkenning*

Art. 7. De aanvraag om erkenning wordt ingediend bij het departement en omvat volgende documenten :

1° de toelating bedoeld in hoofdstuk 4;

2° de identiteit van de directeur van het zorgaanbod en een lijst met de namen van de personeelsleden, met vermelding van hun ambt, kwalificatie en registratienummer bij de Federale Overheidsdienst Volksgezondheid alsmede, voor de directeur en alle tewerkgestelde personeelsleden, een bewijs van goed zedelijk gedrag dat bij het indienen van de aanvraag niet meer dan zes maanden oud mag zijn;

3° een verklaring, ondertekend door de inrichtende macht, waarmee zij er zich toe verplicht de personeelsformatie voortdurend aan te passen aan de personeelsnormen naar gelang van het aantal werkelijk opgenomen personen;

4° een attest dat door de burgemeester op basis van een verslag van de bevoegde brandweerdienst ondertekend wordt en waaruit blijkt dat het zorgaanbod aan de specifieke veiligheidsnormen voldoet. Het attest en het erbij gevoegde verslag van de brandweerdienst mogen bij het indienen van de aanvraag om erkenning niet ouder dan drie maanden zijn;

5° een financieringsplan dat bewijst dat de inrichtende macht van het zorgaanbod over genoeg kapitaal beschikt om aan de erkenningsvoorwaarden te voldoen. Dit financieringsplan moet door een bedrijfsrevisor of door een van de inrichtende macht onafhankelijke boekhouder medeondertekend worden;

6° een exemplaar van het huishoudelijk concept en van het huishoudelijk reglement;

7° een model van het verdrag dat tussen de inrichtende macht van het zorgaanbod en de bewoner wordt afgesloten;

8° de kostenbijdrage bepaald voor de bewoner.

Art. 8. Binnen veertig dagen na het indienen van de volledige aanvraag beslist de Minister op advies van het departement, of hij de voorlopige erkenning al dan niet toekent.

Art. 9. Tijdens de geldigheidsduur van de voorlopige erkenning voert de inspectie een controle uit, om de eerbiediging van de erkenningsnormen te verifiëren. Het inspectieverslag wordt samen met de aanvraag om erkenning aan de Minister toegezonden.

Art. 10. Binnen veertig dagen en ten laatste vóór het verstrijken van de voorlopige erkenning beslist de Minister of hij de erkenning al dan niet toekent. De erkenning vermeldt de maximale wooncapaciteit.

Art. 11. § 1. Tijdens de geldigheidsduur van de erkenning deelt de inrichtende macht van het erkende zorgaanbod elke wijziging m.b.t. de in de artikelen 4 en 7 vermelde gegevens mee aan het departement.

§ 2. Om de zes jaar na de inwerkingtreding van de erkenning dient de inrichtende macht een nieuw attest, zoals bedoeld in artikel 7, 4^o, bij het departement in. Bovendien moet zo'n attest bij elke wijziging aan het gebouw van het zorgaanbod en op elk verzoek van de inspectie worden ingediend.

HOOFDSTUK 6. — *Schorsing van de erkenning*

Art. 12. Voordat hij een toelating, een voorlopige erkenning of een erkenning opschort, deelt de Minister zijn opzet mee aan de inrichtende macht van het zorgaanbod. Op haar verzoek wordt de inrichtende macht, binnen een termijn van dertig dagen na de toezending van de intentieverklaring voor een verhoor bij de Minister uitgenodigd. Dit verzoek van de inrichtende macht moet ten laatste zeven dagen na ontvangst van de intentieverklaring worden ingediend. Binnen veertien dagen na dit verhoor en op advies van de inspectie beslist de Minister over de schorsing.

HOOFDSTUK 7. — *Commissaris-afgevaardigde*

Art. 13. § 1. De commissaris-afgevaardigde aangewezen door de Minister met toepassing van artikel 14, § 4, van het decreet moet ervaring in management, boekhouding, personeel en financieel beheer en bij voorkeur in de leiding van een zorgaanbod en in de kwaliteitszorg van de bejaardenbegeleiding kunnen bewijzen. De commissaris mag geen personeelslid van het betrokken zorgaanbod zijn of zijn geweest. Hij moet ten minste houder zijn van een bachelordiploma.

§ 2. Vóór de aanwijzing van de commissaris deelt de Minister zijn opzet aan de inrichtende macht mee. Binnen veertien dagen na de mededeling van deze intentieverklaring kan de Minister tot de aanwijzing voor een periode van zes maanden overgaan.

§ 3. De opdracht die de Minister aan de commissaris toevertrouwt, wordt in een verdrag vastgelegd. De commissaris beschikt over alle bevoegdheden die noodzakelijk zijn om zijn opdracht inzake leiding van van het zorgaanbod te kunnen uitvoeren. De Minister informeert de inrichtende macht over de takenpakketten van de commissaris.

Telkens één maand vóór het verstrijken van zijn verdrag zendt de commissaris een verslag aan de Minister over de mate waarin de tekortkomingen werden verholpen. De opdracht kan telkens op basis van het verslag en van het voorstel van de inspectie voor zes maanden door de Regering worden verlengd.

§ 4. Voor de duur van zijn verdrag verkrijgt de commissaris het loon dat in het betrokken zorgaanbod voor de directeur geldt. Met toepassing van artikel 14, § 4, van het decreet valt het loon ten laste van de inrichtende macht.

HOOFDSTUK 8. — *Intrekking van de toelating, van de voorlopige erkenning en van de erkenning*

Art. 14. Wanneer de Minister genoodzaakt is de toelating, de voorlopige erkenning of de erkenning in te trekken, deelt hij zijn opzet aan de inrichtende macht van het zorgaanbod mee. Op verzoek van de inrichtende macht binnen zeven dagen na ontvangst van de intentieverklaring wordt deze binnen dertig dagen na de toezending van deze mededeling voor een verhoor bij de Minister uitgenodigd.

Art. 15. Na ontvangst van de intentieverklaring van de Minister om de toelating, voorlopige erkenning of erkenning in te trekken mogen geen nieuwe bejaarden worden opgenomen.

Art. 16. Binnen dertig dagen na het verhoor van de inrichtende macht beslist de Minister beslist over de intrekking van de toelating, voorlopige erkenning of erkenning op basis van een advies van de inspectie. Als de inrichtende macht met toepassing van artikel 14 om geen verhoor verzoekt, beslist de Minister binnen dertig dagen na de toezending van de in artikel 14 vermelde intentieverklaring. De beslissing tot intrekking wordt onmiddellijk aan de inrichtende macht betekend. De intrekking van de voorlopige erkenning of van de erkenning heeft de sluiting van het zorgaanbod ten gevolge.

HOOFDSTUK 9. — *Sluiting van het zorgaanbod*

Art. 17. § 1. Bij een sluiting van een zorgaanbod met toepassing van artikel 14 moet de inrichtende macht ervoor zorgen dat alle bewoners het zorgaanbod hebben verlaten binnen drie maanden na de inwerkingtreding van de beslissing van de Minister de toelating, voorlopige erkenning of erkenning in te trekken.

§ 2. Met toepassing van artikel 14, § 3, van het decreet kan de Minister een zorgaanbod op voorstel van de inspectie sluiten. Voordat de Minister een beslissing neemt, deelt hij zijn opzet aan de inrichtende macht mee. Drie dagen na de mededeling van deze intentieverklaring kan de Minister het zorgaanbod laten sluiten. De inrichtende macht zorgt voor de onmiddellijke evacuatie van de bejaarden.

HOOFDSTUK 10. — *Slotbepalingen*

Art. 18. De beslissing tot schorsing of tot intrekking van de toelating, van de voorlopige erkenning of van de erkenning, alsmede de beslissing tot sluiting van een zorgaanbod of tot aanwijzing van een commissaris worden als bericht in het *Belgisch Staatsblad* bekendgemaakt. Elke beslissing vermeldt de inwerkingtreding ervan.

Art. 19. Het voornemen van de inrichtende macht, een zorgaanbod stop te zetten of te sluiten moet de Minister ten minste zes maanden vóór de geplande beëindiging of sluiting schriftelijk worden meegedeeld.

Art. 20. De Minister bevoegd inzake Gezondheid en Gezin wordt belast met de uitvoering van voorliggend besluit.

Eupen, 26 augustus 2010.

Voor de Regering van de Duitstalige Gemeenschap,

De Minister-President, Minister van Lokale Besturen,
K.-H. LAMBERTZ

De Minister van Gezin, Gezondheid en Sociale Aangelegenheden,
H. MOLLERS